

Beschluss des Landrats vom 28.09.2023

Nr. 102

21. Konzentration aller Feuerwehraufgaben bei der BGV 2023/226; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Martin Karrer (SVP) ist Kommandant einer Berufsfeuer- und -chemiewehr und Mitglied des Zentralvorstands des Schweizerischen Feuerwehrverbands. Ziel der Motion ist eine Konzentration aller Feuerwehraufgaben bei der Gebäudeversicherung bzw. beim Feuerwehr-Inspektorat. Das ist ganz im Sinne der Feuerwehrkonzeption 2030 der Feuerwehркоordination Schweiz (FKS), die für Öl- und Chemiewehr eine klare Zuweisung zum Bereich Feuerwehr vorsieht. Die zur Abstimmung gelangte Konzeption vom 6. Mai 2022 wurde einstimmig von der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr verabschiedet, also auch vom Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft. Mit der Motion soll ein Gesamtpaket der Feuerwehraufgaben geschnürt werden, um so auch klare Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten zu schaffen. Ein Beispiel: Bei der Polizei ist die Kriminalpolizei nicht der FKD oder die Sondereinheit Barracuda der BUD angegliedert. Alles, was polizeiliche Aufgaben umfasst, ist auch Teil der Polizei. Der Regierungsrat möchte den Bereich Feuerwehr aber nicht isoliert betrachten. Er bezieht sich in seiner Stellungnahme auf die Interpellation 2022/674 von Marc Scherrer, in der er Fragen über die Zusammenführung der Ereignisdienste beantwortet hat. In dieser Beantwortung geht es aber ausschliesslich um die kantonale Einsatzleitzentrale für alle Ereignisdienste. Im März 2018 wurde eine entsprechende Vorstudie in Auftrag gegeben. Erste Resultate kamen Mitte 2023. Die Vorstudie dauerte fünf Jahre. Über Sinn und Unsinn einer Einsatzleitzentrale, die ungefähr CHF 15 Mio. kosten würde, streiten sich viele Geister. In allen anderen Kantonen sind die Aufgaben Öl-, Chemie- und ABC-Wehr bei der Feuerwehr angegliedert, wie dies die Feuerwehrkonzeption 2030 beschreibt. Um eine Auslegung auch in Zukunft vornehmen zu können, braucht es klare Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten – nicht nur bei der Polizei, sondern auch bei der Feuerwehr. Würde das Anliegen dieser Motion umgesetzt, ist Martin Karrer gerne dazu bereit, ein Postulat einzureichen, um einen weiteren Schritt zu gehen und zu prüfen, ob es eine Sicherheitsdirektion für alle braucht oder ob man die Organisation wie bis anhin lässt. Zuerst das eine, dann das andere. Stichwort Budget: Eine Verschiebung der Zuständigkeiten würde auch zu einer Entlastung des Kantonsbudgets führen. Mit Spannung erwartet der Motionär die Haltungen der anderen Fraktionen.

Stefan Degen (FDP) sagt, dass es beim Thema Aufgabenabgrenzungen stets viele Graubereiche gebe. Deshalb würde die FDP-Fraktion das Anliegen sehr gerne als Postulat überweisen, jedoch nicht als Motion. Die Abklärungen sind wichtig und die Fragestellung ist sehr interessant, eine Motion ist aber vorschnell. Die Prüfung über ein Postulat würde eine gründliche Diskussion zulassen. In die Prüfung könnten auch weitere Themen einbezogen werden. Es ist immer auch die Frage, was alles klare Feuerwehraufgaben sind, welche anderen Funktionen im Sicherheitsbereich es gibt und wo diese sinnvollerweise angegliedert werden.

Pascale Meschberger (SP) ist Vizepräsidentin der Betriebskommission der Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal, spricht nun aber als Fraktionssprecherin der SP. Inhaltlich kann sich die SP den Ausführungen der SVP-Fraktion anschliessen. Auf den ersten Blick erscheint es sinnvoll, die Aufgaben am selben Ort anzusiedeln. Eine Konzentration wäre im Sinne der Feuerwehren. Insofern handelt es sich auf den ersten Blick also um einen guten Vorschlag. Das Problem ist aber

komplexer. Die SP-Fraktion sieht die ganze Blaulichtorganisation und schliesst sich der Haltung der Regierung an, dass es eine saubere Auslegeordnung braucht, bevor an einem Teilbereich Änderungen vorgenommen werden. Auch die SP-Fraktion würde ein Postulat unterstützen, eine Motion hingegen nicht.

Werner Hotz (EVP) ist weder mit der Polizei noch mit der Feuerwehr verhandelt und insofern komplett offen in dieser Thematik. Es geht um 1,3 % der Einsätze von Ölwehr, ABC-Wehr und Rheinrettung. Es ist klar, dass die Feuerwehr hier eine ganz wichtige Funktion hat und auch immer haben wird. Der Wechsel vom AMB zur Gebäudeversicherung soll und muss unbedingt geprüft werden, nach Ansicht der Grünen/EVP-Fraktion soll dies jedoch ergebnisoffen erfolgen. Effizienz und Nutzung von Synergien sind zentral und das sieht auch der Regierungsrat so und wird dies in der Auslegeordnung im Rahmen der Konzeption 2030 entsprechend sorgfältig prüfen. Ein Teil der Fraktion würde auch eine Motion unterstützen, komplette Unterstützung würde allerdings ein Postulat erfahren.

Silvio Fareri (Die Mitte) erklärt, die Mitte-Fraktion lehne eine Überweisung als Motion ab, würde aber die Überweisung als Postulat unterstützen. Die Organisation der Feuerwehr muss ganzheitlich angegangen und ergebnisoffen geprüft werden. Aus sicherheitspolitischen Gründen ist es heikel, die Mittel so bereitwillig an die BGV zu übergeben. Eine Konzentration von Sanität, Zivilschutz und Feuerwehr oder auch die Koordination dieser Mittel unter einer Einheit in der Sicherheitsdirektion könnte zielführender sein. Dies soll mit einem Postulat geprüft werden.

Manuel Ballmer (GLP) schliesst sich den vorangegangenen Voten an. Auch die GLP-Fraktion unterstützt die Überweisung als Postulat, nicht jedoch als Motion. Die Gründe wurden genannt. Es soll eine gesamthafte Auslegeordnung vorgenommen werden. Zusätzlich steht im Geschäftsbericht der Gebäudeversicherung, dass auf dieses Jahr hin eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen angekündigt war. Auch diese sollte wohl noch abgewartet werden.

Marco Agostini (Grüne) unterstützt die Überweisung als Motion. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Eine erneute Auslegeordnung wird für keine neuen Fakten sorgen. Es ist von 1,3 % aller Einsätze die Rede. Eine Zusammenführung ist sehr wohl sinnvoll. Eine Zusatzrunde ist nicht notwendig und lediglich eine Verschwendung von Energie und Zeit.

Martin Karrer (SVP) schliesst sich Marco Agostini an: Die Fakten liegen auf dem Tisch. Es gibt keinen weiteren Prüfbedarf. Spricht man mit Personen aus diesem Bereich, sehen alle die in der Motion vorgeschlagene Lösung als besten Weg. Der Motionär wandelt seinen Vorstoss nicht um, auch wenn dadurch das Risiko besteht, dass das Anliegen abgelehnt wird. Es muss nun ein erster Schritt gemacht werden.

Andi Trüssel (SVP) hat die Motion damals mitunterzeichnet, änderte seine Meinung aber mittlerweile. Martin Karrer wird dringend geraten, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, um wenigstens etwas zu haben.

Wie kam es überhaupt dazu? Der Sandoz-Unfall 1986 sorgte dafür. Daraufhin wurden Millionen in Fahrzeuge, Werkzeuge, etc. investiert. Dies soll nun per Motion hinübergeschoben werden. Deshalb ist es richtig, zuerst eine Auslegeordnung vorzunehmen. Martin Karrer wird gebeten, sich nochmals zu überlegen, ob die Umwandlung in ein Postulat nicht zielführender ist.

Stefan Degen (FDP) schliesst sich seinem Vorredner an und bittet Martin Karrer ebenfalls um Umwandlung in ein Postulat. Die Fragen sind sehr gut. Die FDP-Fraktion ist zu einem späteren Zeitpunkt nicht gegen eine Motion, aber jetzt braucht es zuerst eine Prüfung.

://: Mit 41:30 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.
